



INHALT

Thema Dürre & Hitze 2018

Karpfens Not und Kormorans Freud: Wie es Flora und Fauna nach dem Extremsommer geht
Seite 2

„Bei 42 °C ist Schluss“: Katja Goebels und Reinhard Koppenleitner im Gespräch
Seite 3

AKTUELL

Gefährliches Missverständnis: Der Bauernbund und der Wolf
Seite 4

Bergmannstraße: Die nächste Begegnungszone
Seite 4

Kann Massentierhaltung bio sein?
Seite 5

Das Gebrauchtwarenhaus kommt
Seite 5

BUNDJUGEND

Wer steckt eigentlich hinter meiner Kleidung?
Seite 6

Fashion: Aus „fast“ wird „slow“
Seite 6

NATUR ERLEBEN

Am Tegeler Fließ
Seite 7

KURZ & BUND

Gift aufspüren mit dem Toxfox
Seite 8

Dürre und Hitze 2018 in Zahlen
Seite 8

KEIN SOMMER WIE JEDER ANDERE

Das Hitze- und Dürrejahr 2018 hat einen Vorgeschmack darauf geliefert, was in den nächsten Jahrzehnten Standard werden könnte. Das muss Konsequenzen haben.

Die gute Nachricht ist: Vor 478 Jahren war es deutlich schlimmer. 1540 fiel in etlichen Orten Europas elf Monate lang kein Regen und schon im Frühjahr war es außergewöhnlich heiß. Brunnen versiegten, Wälder brannten, Felder verdorrten, das Vieh musste notgeschlachtet werden. Weil die Flüsse nur noch klägliche Rinnsale waren, in denen tote Fische kieloben schwammen, standen die mit Wasserkraft betriebenen Mühlen still. Rund eine Million Menschen starben damals in Folge der Dürre. Dass wetterbedingt der Wein von 1540 noch lange als „Jahrtausendwein“ gelten sollte und heute eine übrig gebliebene Flasche in Würzburg als der älteste prinzipiell noch trinkbare Wein der Welt gefeiert wird, war den damals von der Dürre Betroffenen sicher keine Hilfe.

Die schlechte Nachricht ist: Kein anderes Jahr war hinsichtlich Trockenheit und Hitze 1540 ähnlicher als 2018. Noch nie seit Beginn der systematischen Wetteraufzeichnungen 1881 fiel in Deutschland von April bis Juli weniger Regen; im bundesweiten Schnitt waren es im Juli 40 Millimeter, im langjährigen Juli-Mittel sind es weit über 80 Millimeter. Mit April und Mai waren gleich zwei aufeinander folgende Monate die wärmsten bislang in Deutschland gemessenen und jeder Monat einschließlich September war wärmer als im Mittel der Jahre 1981 bis 2010.

Wie bei jedem extremen Wetterereignis lässt sich bei einzelnen Spitzentemperaturen nun trefflich streiten, ob sie dem Klimawandel geschuldet sind. Unbestritten häufen sich aber die Anomalien, so kamen in Deutschland 10 der 15 wärmsten Jahre im 21. Jahrhundert vor. Derweil kommen aus der Wissenschaft

beunruhigende Nachrichten: Der Weltklimarat warnt, dass auch eine Erwärmung um nur 2 °C fatale Folgen haben wird, und das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) stellt eine Verbindung zwischen dem rapiden Abschmelzen des arktischen Eises und der Verlangsamung des Jetstreams, eines der Höhenwinde über der Nordhalbkugel, her. Der Jetstream ist für die Veränderung von Großwetterlagen verantwortlich. Verliert er an Fahrt, so ändern sich Wetterlagen über Monate nicht. Dies könnte die Beständigkeit des verregneten Sommers 2017 ebenso erklären wie die der Kältewelle in Nordamerika im Winter 2015/2016 – oder eben des Hochdruckgebiets, das uns 2018 in Mitteleuropa einen im April beginnenden Hitzesommer bescherte.

Schluss mit der Wachstumsideologie

Die Aussicht, derlei Wetterlagen in Zukunft häufiger erleben zu müssen, lässt eigentlich nur zwei Schlüsse zu. Erstens: Es liegt im allgemeinen Interesse, die globale Erwärmung zu bremsen. Um die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen, müssen ein verbindlicher Fahrplan für den schnellen Kohleausstieg und eine umfassende Effizienzrevolution her. Zweitens – und das ist die eigentliche Neuigkeit – verursacht der Klimawandel heute schon hohe Schäden.

Dank des technischen Fortschritts führen mehrere heiße und trockene Monate im Mitteleuropa des Jahres 2018 nicht mehr zu einem Massensterben, die Versorgung mit Nahrung und Trinkwasser ist nicht gefährdet. Dennoch leiden Menschen unter den hohen Temperaturen und sterben vorzeitig, weil die Grenzen

der körperlichen Belastbarkeit durch Hitze erreicht sind (Seite 3). Darauf müssen die Städte in Europa reagieren: mehr Grünschneisen für frische und kühle Luft, weniger versiegelte Flächen, weniger Abgase.

In Berlin und Brandenburg sind die Folgen der Dürre unübersehbar. Ernteausfälle und Waldbrände zeigen, dass sich Land- und Forstwirtschaft auf neue Gegebenheiten einstellen müssen (Seite 2). Anders als 1540 müssen zwar keine Menschen verdursten, dennoch ist die Trockenheit ein großes Problem. Im August ist die Schwarze Elster ausgetrocknet, die Schifffahrt auf Oder und Elbe wurde eingestellt und private Spree-Anlieger durften kein Wasser mehr aus dem Fluss entnehmen. Weil das nicht reicht, wird die Spree zusätzlich mit Wasser aus sächsischen Talsperren gespeist.

Also alles eine Frage des Managements? Möglicherweise – wäre da nicht der Braunkohletagebau. Aus den aktiven wie auch den stillgelegten Tagebauen gelangt Sulfat in die Spree, aus der Berlin und Frankfurt/Oder ihr Trinkwasser gewinnen. Um die Grenzwerte einzuhalten, müssen die Wasserwerke mehr Grundwasser beimischen, was für die Verbraucher*innen langfristig teuer wird und zu Problemen für die Pflanzenwelt führt, wenn sich die trockenen Sommer häufen. Gleichzeitig beanspruchen die ausgekohlten Tagebaue sehr viel Wasser zur „Rekultivierung“, also zur Anlage künstlicher Seen. Jeder weitere Quadratmeter Lausitz, aus dem Braunkohle herausgeholt wird, verschärft den Wassermangel. Für Brandenburg kann die Lehre des Dürresommers 2018 daher nur lauten, jetzt den schnellen Kohleausstieg zu beschließen. *sp*

INFO

GLOBALE TEMPERATURREKORDE

Hitze gab es im Sommer 2018 weltweit zu vermehren: 34 °C in Skandinavien nördlich des Polarkreises, 41 °C in Hongcheon (Südkorea). Anfang Juli verharnte der nächtliche Tiefstwert in Los Angeles bei 26 °C, während im Norden des Oman über 24 Stunden die Temperatur nicht unter 42,6 °C sank – nach Einschätzung des Deutschen Wetterdiensts (DWD) ein neuer Weltrekord. Anfang Juli wurde im algerischen Ouargla 51,3 °C gemessen, was laut DWD die höchste bisher in Afrika registrierte Temperatur gewesen sein dürfte.

REICHEN DIE LEAG-RÜCKSTELLUNGEN?

Wenn die Bundesregierung ihre Verpflichtungen aus dem Pariser Klimaschutzabkommen umsetzt und einen Ausstiegsplan für die Kohleverstromung aufstellt, steht in der Lausitz eine Mammutaufgabe an: die Renaturierung der Tagebaue. Zahlen muss dies die Beireiberfirma Leag, die die brandenburgischen und sächsischen Braunkohletagebaue vom schwedischen Staatskonzern Vattenfall übernommen hat. Doch von Greenpeace beauftragte Buchprüfer*innen kommen nun zu dem Schluss, dass die zum tschechischen Finanzinvestor EPH gehörende Leag voraussichtlich nicht in der Lage sein wird, die erforderlichen Rückstellungen in Milliardenhöhe aufzubringen. Besonders brisant: Für den Fall einer Insolvenz der Leag haben Greenpeace zufolge sowohl Vattenfall als EPH in ihrem Kaufvertrag eine Haftung ausgeschlossen. Den Schaden müssten somit die Steuerzahler*innen tragen. Um wenigstens die vorhandenen Mittel insolvenzfest zu sichern, muss das Bergamt jetzt dringend Sicherheitsleistungen einfordern. Das ist gesetzlich durchaus möglich.

KOHLEAUSSTIEG OHNE LANDESREGIERUNG

Der erste Block des Braunkohlekraftwerks Jämschwald wurde vom Netz genommen und in die sogenannte Sicherheitsreserve überführt. Beschlossen hatte das die Bundesregierung.

DES KARPFFENS NOT IST DES KORMORANS FREUD

Wie Flora und Fauna 2018 auf Trockenheit und Hitze reagiert haben

Für die Berliner Bäume war 2018 das zweite schlechte Jahr in Folge. Nachdem Sturmtief Xavier im Herbst 2017 mindestens 46.000 Wald- und 10.000 Straßen- und Parkbäume umgerissen hatte, setzte ihnen nun die Trockenheit hart zu. Nach Angaben des landeseigenen Betriebs Berliner Forsten sind etwa drei Viertel der etwa 400.000 im Herbst und Frühling gepflanzten Laubbäume im Lauf des Sommers vertrocknet – ein Rückschlag für den Waldbau, der durch einen höheren Mischwaldanteil dem Boden weniger Wasser entziehen soll. Auch den ausgewachsenen Bäumen war der Wassermangel anzusehen, sie warfen schon mitten im Sommer Laub und ganze Äste ab. Wie groß die Schäden bei den Straßenbäumen sein werden, wird sich erst 2019 zuverlässig sagen können, sie dürften aber erheblich ausfallen, schließlich wachsen sie unter erschwerten Bedingungen: begrenzter Raum für die Wurzeln, dafür einige Grad wärmere Temperatur und jede Menge Stress durch Abgase und Hundeurin.



Foto: Dellex, CC BY-SA 3.0, www.kurzlink.de/ccby3

Diesen Sommer wurden häufig dehydrierte Eichhörnchen gefunden, die aus ihrem Kobel gefallen waren.

Neben der Forstwirtschaft muss sich auch die Landwirtschaft umstellen, damit die Bäuerinnen und Bauern nicht bei jedem Extremereignis in Existenznot geraten. Das bedeutet unter anderem vielfältigere Fruchtfolgen, Zwischenfruchtanbau und ein geringerer Tierbestand, der dem vorhandenen Grün-

land angepasst ist. Unfairerweise traf die Hitze 2018 nicht nur die Betriebe, die mit riesigen, überdüngten Maiskulturen für die Massentierhaltung selbst zur Klimaerwärmung beitragen, sondern auch den Gartenbau. So sind Teltower Rübsen knapp geworden, weil sie dieses Jahr nur mit Bewässerung wuchsen.

Gewinner und Verlierer

Trotz Trockenstress haben die Wildtiere den Sommer 2018 nach Einschätzung des Berliner Wildtierbeauftragten Derk Ehlert gut überstanden. Auch wenn für manche Arten das Futterangebot knapper wurde, seien keine bestandsgefährdenden Verluste zu verzeichnen. Weil das Maisangebot auf den Feldern vertrocknete, wird die Wildschweinpopulation wohl schrumpfen. Allerdings profitierten manche Tiere auch von der Trockenheit, etwa Fischadler und Kormorane, die nach Angaben des brandenburgischen Landesfischereiverbands in flacher gewordenen Teichen leichter an Karpfen und andere Zuchtfische kamen. Anders als im schweizerischen Rhein, im Aasee bei Münster und in der Alster in Hamburg kam es zu keinem massenhaften Fischsterben in Berlin und Brandenburg, obwohl einige Gewässer die 30°C-Marke erreichten. Das ist dem Ausbleiben von starken Regenfällen zu verdanken, die in anderen Jahren die Kanalisation zum Überlaufen und damit verschmutztes Wasser in die Flüsse gebracht hatten.

Die neuen klimatischen Bedingungen nützen auch Tieren mit zweifelhaftem Ruf. Etwa den Zecken der aus Nordafrika stammenden Gattung Hyalomma. Sie gelangen auf Zugvögeln, die ihnen als Wirte dienen, Ende März, Anfang April millionenfach nach Mitteleuropa, erklärt der Biologe Olaf Kahl von zecken-radar.de. Da sie unter normalen Bedingungen das hiesige Frühjahr nicht überleben, wurden in der Vergangenheit nur sehr vereinzelt Hyalomma gefunden. 2018 waren es über 20. Problematisch sind diese tropischen Zecken, weil sie Überträger des Krim-Kongo-Hämorrhagischen-Fieber-Virus sein können. Dieses Virus wird durch den Stich einer infizierten Hyalomma-Zecke, aber auch über durch Zeckenstich infizierte Großsäuger auf den Menschen weitergegeben und kann mit einer Letalität von fünf bis zehn Prozent Menschen richtig gefährlich werden. Eine entscheidende Frage ist für den Zeckenforscher Kahl nun, ob auch heimische Zecken wie der Gemeine Holzbock das Virus nach dem Saugakt auf einem infizierten Tier über längere Zeit beherbergen und beim nächsten Stich übertragen können. Den herkömmlichen Zecken hat der trockene Sommer übrigens nicht gutgetan, in Berlin und Brandenburg ging ihre Aktivität stark zurück. Dennoch gab es heuer vermehrt Zeckenstiche – vermutlich weil sich bei dem sonnigen Wetter mehr Menschen im Grünen aufhielten. *sp*

EDITORIAL

von Christine Kühnel und Carsten Preuß



Liebe Leser*innen,

wenn es noch eines Weckrufs bedurft hätte, endlich ernst mit dem Klimaschutz zu machen, dann hat ihn uns der vergangene außergewöhnlich heiße und dürre Sommer geliefert. Ausgetrocknete Flüsse, verdorrte Felder und tropische Nächte in aufgeheizten Städten sind nur ein Vorgeschmack auf eine klimawärmte Zukunft.

Bei vielen Menschen dürfte das angekommen sein. Allerdings noch nicht bei allen politisch Verantwortlichen auf Bundes- und Länderebene. Viele von ihnen sind seit Beginn der angeblichen „Flüchtlingskrise“ vor drei Jahren in eine Schockstarre verfallen. Statt ihre eigene Agenda umzusetzen, erlauben die demokratischen Parteien den Radikalen viel zu oft, die Themen zu diktieren.

Die Angst lähmt. Noch immer gibt es Politiker*innen, die den zügigen Kohleausstieg mit der Behauptung blockieren, dies könne der AfD mehr Stimmen bringen. Nun, dass sich die Rechtsextremist*innen ausgerechnet für Braunkohle begeistern, verwundert wenig, zumal ihre Kernkompetenz die Vergangenheit ist. Aber von allen anderen dürfte man schon Gedanken an ein nachhaltiges, das Klima schonende Handeln erwarten.

Niemand weiß, wie die Zukunft aussieht, aber fossil ist sie ganz bestimmt nicht.

Wir wünschen Ihnen einen angenehmen, nicht zu warmen Winter!

Ch. Kühnel

Vorsitzende BUND Berlin

C. Preuß

Vorsitzender BUND Brandenburg

„BEI 42 °C IST SCHLUSS“

Die Mediziner*innen Katja Goebels und Reinhard Koppenleiner über Grenzen der körperlichen Belastbarkeit, gesundheitliche Folgen der globalen Erwärmung und staatliche Pläne zum Schutz vor Hitze

BUNDzeit: Herr Dr. Koppenleiner, wann fängt Hitze an?

Reinhard Koppenleiner: Ab einer Höchsttemperatur von 30 °C sprechen wir von heißen Tagen und bei mehr als zwei Tagen von einer Hitzewelle. Dann kann es zu Hitzekrämpfen, Hitzeohnmacht und Hitzeschlag kommen. Aus Studien wissen wir, dass an heißen Tagen mit jedem zusätzlichen °C zwischen ein und sechs Prozent mehr Menschen sterben. Es ist anerkannt, dass im Sommer 2003 europaweit etwa 70.000 Menschen aufgrund der Hitze vorzeitig gestorben sind.

BUNDzeit: Frau Dr. Goebels, gibt es eine „gefühlte Hitze“?

Katja Goebels: Eine gemessene Außentemperatur kann unterschiedlich empfunden werden, je nachdem wie hoch Luftfeuchtigkeit und Windgeschwindigkeit sind und wie gesund jemand ist. Um den Körper durch Schwitzen zu kühlen, muss ein Wasser-Dampfdruck-Gradient zwischen Körperoberfläche und Umgebung bestehen. Je feuchter die Umgebung, desto kleiner der Gradient und desto weniger Hitze kann man über das Schwitzen abgeben.

R. K.: Ab 32 °C wird es bei sehr hoher Luftfeuchtigkeit gefährlich. Und bei 42 °C braucht es dazu noch nicht einmal die volle Luftfeuchtigkeit. Länger als ein paar Stunden kann man unter diesen Bedingungen draußen nicht überleben.

BUNDzeit: Welche Personengruppen sind besonders anfällig für Hitze?

R. K.: Es sind immer die von anderen Abhängigen: Alte, Kleinkinder, Säuglinge. Risikofaktoren sind soziale Isolation, wenn niemand helfen kann, aber auch Armut, die sich beispielsweise in schlechten Wohnbedingungen äußert. Wer ein Einfamilienhaus mit Garten hat, wohnt in einer grünen Zone, wo es ein paar Grad kühler ist als im Hochhaus im Ballungsgebiet.

BUNDzeit: Welche Rolle spielen Vorerkrankungen?

R. K.: Menschen mit hohem Blutdruck, Lungenschädigungen wie Asthma und chronisch obstruktive Lungenerkrankung (COPD), Zuckerkrankheit und chronischer Nierenschwäche sind besonders gefährdet. Viele dieser Patient*innen nehmen Medikamente, die dem Körper ohnehin schon Wasser entziehen, so dass sie weniger schwitzen können. Patienten mit psychischen Erkrankungen oder Suchtkranke gehören ebenfalls zu den Risikogruppen. In Berlin gab es diesen Sommer erstmals den Hitzebus, der Wasser, Obst und Sonnencreme an Obdachlose verteilt. Das war sehr wichtig, weil diese Gruppe zu den gefährdetsten gehört.

BUNDzeit: Gibt es den von Vorerkrankungen unabhängigen Hitzetod?

K. G.: Ja, auch gesunde Menschen ohne Vorerkrankung kann ein Hitzeschlag treffen.

R. K.: Ab 42 °C ist einfach Schluss.

K. G.: Ich gehe aber davon aus, dass die Angehörigen der genannten verletzlichen Gruppen überproportional betroffen sind und dass es junge Gesunde eher selten trifft. Am ehesten noch die, die draußen arbeiten müssen.

BUNDzeit: Sind die Arbeitsschutzbedingungen in Deutschland ausreichend, was Hitze angeht?

K. G.: Auch hier dürften die Schwächsten besonders betroffen sein. Zum Beispiel Illegalisierte auf dem Bau, die nicht auf ihre Rechte wie regelmäßige Pausen pochen können. Wie wichtig das ist, zeigen Beobachtungen aus Nicaragua: Von den Plantagenarbeiter*innen, die bei hohen Temperaturen Zuckerrohr und Kaffeebohnen ernten, sterben viele in ihren Dreißigern oder Vierzigern an Nierenversagen. Dort, wo man ihnen genug Pausen, Schatten und Wasser zugesteht, stabilisiert sich die Nierenfunktion.

BUNDzeit: Welche gesundheitlichen Risiken bringt der Klimawandel mit sich, abgesehen von der Hitze?

K. G.: Für Menschen gefährliche Schadstoffe wie bodennahes Ozon und Feinstäube entstehen durch das Verbrennen fossiler Energien und kommen nicht nur als negativer Effekt hinzu, sondern potenzieren sich bei Hitze. Vor allem, wenn es wie in diesem Sommer wenig windet und regnet. Insekten werden Krankheiten mitbringen wie zum Beispiel das West-Nil-Fieber oder Dengue.

R. K.: Wenig prominent, aber heute schon ziemlich relevant, ist die Problematik mit den Allergien. Die Pollensaison wird länger und die gängigen Pollen wirken aggressiver, wenn sie sich mit Schadstoffen in der Luft verbinden. Aber wir dürfen den planetaren Aspekt nicht vernachlässigen. In Teilen Afrikas wird Landwirtschaft weitgehend unmöglich, wenn sich die globale Temperatur um mehr als drei Grad erhöht. Gleichzeitig sind die ärmeren Länder bei den sich häufenden Wetterextremen verletzlicher. Neben den materiellen Schäden muss man auch die psychischen bedenken. Wenn Kinder Katastrophen erleben, wenn sie ihre Eltern verlieren, fliehen müssen oder wenn es nichts zu essen gibt, dann prägt sie das ihr Leben lang.

BUNDzeit: Als Aktive der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit fordern Sie Hitzeschutzpläne. Was können wir uns darunter vorstellen?

K. G.: So etwas Ähnliches wie Katastrophenschutzpläne. Österreich, Italien und Spanien haben sie schon, Deutschland aber nicht. Ein Hitzeschutzplan muss von der nationalen bis zur kommunalen Ebene durchdekliniert werden, mit jeweils einer Institution, die das Ganze koordiniert. Dann braucht es schnelle Warnsysteme mit einem festgelegten Ablauf, wer wem wann was kommuniziert. Dafür benötigen wir taggliche Daten von hitzebedingten Erkrankungen und Todesfällen. Inhaltlich geht es unter anderem darum, Innenräume rechtzeitig und ausreichend zu kühlen. Und natürlich besonders auf die verletzlichen Gruppen zu achten. Vor allem der Gesundheits- und Sozialsektor muss sich vorbereiten und das Pflegepersonal dahingehend schulen.

R. K.: Und es gehören nicht nur reaktive, sondern auch präventive, langfristige Elemente dazu, die in den Bereich Umweltpolitik gehen, etwa in der Stadtplanung Grün- und Frischluftkorridore viel stärker zu berücksichtigen.

Das Interview führte Sebastian Petrich

ZUR PERSON



Dr. med. Katja Goebels, MSc in International Health, geboren 1982, arbeitet derzeit als Ärztin in Weiterbildung zur Allgemeinmedizinerin in einer Praxis in Lichterfelde. Sie hat in einem Schweizer Krankenhaus und in Indien, Nicaragua und Kosovo gearbeitet. Sie ist aktives Mitglied der Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in Sozialer Verantwortung (IPPNW). Hauptthemen des Gründungsmitglieds der Deutschen Allianz Klimawandel und Gesundheit sind globale Gesundheit, medizinische Friedensarbeit und der Klimawandel im gesundheitlichen Kontext.

www.klimawandel-gesundheit.de

Dr. med. Reinhard Koppenleiner, MPH in International Health, geboren 1946, arbeitete drei Jahre als „Entwicklungshelfer“ in einem Krankenhaus in Haiti, hatte dann in München eine Praxis als Kinderarzt und war die letzten 20 Jahre Manager und Berater für Gesundheitsprojekte in Afrika und Asien. Nun koordiniert er in Berlin die Regionalgruppe der Deutschen Allianz Klimawandel & Gesundheit und ist bei den Grünen in Reinickendorf aktiv.

MITMACHEN

DEMO

Im Dezember geht es gleich doppelt ums Klima, nämlich beim Weltklimagipfel im polnischen Katowice und bei der Kohle-Kommision (die offiziell anders heißt) in Berlin. Deshalb ruft der BUND mit anderen Umweltverbänden zur doppelten Klima-Demo zeitgleich in Köln und Berlin auf. 1.12.2018, 12 Uhr, Kanzleramt, Berlin www.klima-kohle-demo.de

AK KLEE

Wer in Berlin etwas für den Klimaschutz tun will, ist beim AK KLEE richtig. KLEE steht für Klimaschutz und erneuerbare Energien und AK für Arbeitskreis. Die Aktiven treffen sich jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat um 19 Uhr in der Berliner BUND-Landesgeschäftsstelle (Crelleststraße 35, Schöneberg) und freuen sich jederzeit über Verstärkung. Das Motto des AK KLEE: Kohle nur noch zum Grillen! www.BUND-Berlin.de/ueber-uns/bund-gruppen/ak-klee

LESETIPP

HITZESCHUTZPLÄNE

Kostenfreie Trinkwasserspender im öffentlichen Raum, beschattete Bushaltestellen, Ambrosienbekämpfung, Vorkkehrungen für Starkregenereignisse: Die Kommunen können und müssen sehr viel tun, um ihre Bewohner*innen vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. In seiner Reihe „Umwelt- und Lebensqualität in Kommunen sichern und fördern“ widmet das Deutsche Institut für Urbanistik ein aktuelles Heft Klimaschutz und Gesundheit. Die Beiträge verschiedener Expert*innen machen deutlich, wie stark beide Felder verwoben sind. Ein Kapitel beschreibt die Bund-Länder-Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzereaktionsplänen. www.kurzlink.de/difu2018

ZWISCHENODERLAND GERETTET

Die Pläne für die Eindeichung des polnischen Zwischenoderlands (Miedzyodrze) sind vom Tisch, weil Nutzen und Umweltauswirkungen unkalkulierbar sind. Zu diesem Schluss kommen das von der polnischen Regierung beauftragte Planungsbüro und die Weltbank, die das Hochwasserschutzvorhaben hätte finanzieren sollen, und bestätigen damit die Position, die Umweltverbände auf beiden Seiten der Oder seit langem vertreten. Die Moor- und Auenlandschaft, die sich in dem seit 1945 nicht mehr bewirtschafteten Kanalsystem in unmittelbarer Nachbarschaft des deutschen Nationalparks Unteres Odertal entwickeln konnte, ist damit gerettet.

GERICHT ZWINGT SENAT ZU FAHRVERBOTEN

Mit den Fahrverboten für ältere Dieselfahrzeuge auf elf Straßenabschnitten zwingt das Berliner Verwaltungsgericht den Senat zu mehr Bemühungen für saubere Luft. Um die seit 2010 geltenden Grenzwerte für Stickoxide einzuhalten, muss Berlin außerdem prüfen, ob die Fahrverbote ausgeweitet werden sollen. Der Senat hat nun bis Ende März 2019 Zeit, einen aktualisierten Luftreinhalteplan vorzulegen.

MUNITION GESUCHT, EIDECHSEN GEFUNDEN

Auf dem Gelände der Alten Gärtnerei am südöstlichen Rand des Tempelhofer Felds wurde bei der Munitionssuche eine Population von Zauneidechsen entdeckt. Da auch auf dem benachbarten Bahngelände „Neuköllner Berg“ eine Population dieser streng geschützten Amphibien entdeckt wurde, fordert der BUND, diesen faktischen Biotopverbund zu einem Naturpark weiterzuentwickeln. Mehr dazu im BUND-Blog unter www.umweltzoneberlin.de/2018/08/28

GEFÄHRLICHES MISSVERSTÄNDNIS

Der Bauernbund präsentiert mit viel Getöse eine juristische Stellungnahme über mögliche Straffreiheit für Wolfstötungen. Und ruft kaum verhohlen zu einer Straftat auf.

Wer im Bundestag für Jagd auf den Wolf wirbt, muss ein zuverlässiger Verbündeter sein, dachte sich wohl der Brandenburger Bauernbund, als er im Mai den Kieler Strafverteidiger und FDP-Politiker Wolf(!)gang Kubicki ein Kurzgutachten präsentieren ließ, in dem dieser eine ziemlich theoretische Möglichkeit erörtert, Wölfe zu erschießen und dabei straffrei zu bleiben. Als mögliche Einfallsschneise für Wolfsabschüsse identifiziert Kubicki den „rechtfertigenden Notstand“. Laut §34 Strafgesetzbuch handelt wer „in einer gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahr für Leben, Leib, Freiheit, Ehre, Eigentum oder ein anderes Rechtsgut eine Tat begeht, [...] nicht rechtswidrig“. Dies gilt freilich nur, wenn die Tat ein angemessenes Mittel ist, die Gefahr abzuwenden und wenn in der Abwägung der betroffenen Rechtsgüter das eine geschützte Interesse das andere wesentlich überwiegt.

Wiegt das Leben eines durch nationales (Bundesnaturschutzgesetz), europäisches (FFH-Richtlinie) und internationales Recht (Washingtoner Artenschutzabkommen) geschützten Wolfs etwa weniger als das eines Nutztieres? Natürlich nicht, muss Kubicki einräumen, um dann eine Ausnahme zu konstruieren: Eine Wolfsattacke auf Tiere mit einem besonderen materiellen Wert oder auf Tiere mit einer individuellen Beziehung zum Menschen könne Schüsse rechtfertigen. Allerdings nur im Moment des Angriffs, nicht vorbeugend und nicht später aus Vergeltung.

Wenig realistisches Szenario

Wolfgang Kubicki schließt seine Stellungnahme mit der Einschätzung, dass der von ihm konstruierte Notstand in der Praxis selten vorkommen dürfte. Damit hat er wohl Recht. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Bäuerin die ganze Nacht auf der Weide wacht, um dann – nachdem alle nicht-tödlichen Vertreibungsversuche gescheitert sind – die Flinte auf einen Wolf zu richten, der gerade den teuren Zuchtbullen attackiert. Auch dass Hundehalter im Wald künftig bewaffnet Gassi gehen, ist wirklichkeitsfern. Auch wenn Kubicki den entscheidenden Punkt deutlich macht, nämlich dass der Gesetzgeber bereits eine Wertentscheidung getroffen hat und den Schutz der Wölfe höher gewichtet als den von ersetzbaren



Wolfspur bei Spremberg (Landkreis Spree-Neiße)

Herdentieren, sorgt sein Kurzgutachten für Missverständnisse. Nicht nur bei der Presse – der Tagesspiegel schlagzeilt „Kubicki plädiert für Abschuss von Wölfen“ –, sondern auch beim Auftraggeber. So sagte Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung: „Wir fordern alle Landwirte auf, Tiere, die besonders wertvoll sind, auf der Weide zu verteidigen – wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind“. Da musste der Anwalt Kubicki eingreifen: „Auch der Aufruf zur Tötung eines Wolfs ist eine Straftat.“ Diese Warnung ignorierend kündigte Jung an, der Bauernbund werde für den ersten Landwirt, der wegen einer Wolfstötung vor Gericht steht, die Prozesskosten übernehmen. Der Lobbyverein legt es auf einen Musterprozess an und braucht dafür einen Fall.

So ein Prozess könnte für die Angeklagten böse enden. Als Strafe für einen illegalen Wolfsabschuss drohen bis zu fünf Jahre Haft, 50.000 Euro Strafe und der lebenslange Entzug der Jagderlaubnis. Angesichts dessen dürfte es für die Landwirt*innen sinnvoller sein, ihre Herden durch Zäune zu schützen. *sp*

DIE NÄCHSTE BEGEGNUNGSZONE

Die probeweise Umgestaltung der Bergmannstraße hat begonnen. Während der einjährigen Testphase ist die Beteiligung der Berliner*innen gefragt.

Der Begriff Begegnungszone stammt aus der Schweiz und bezeichnet eine Straße, auf der alle Verkehrsteilnehmer*innen gleichberechtigt sind. Ziel: Entschleunigung, mehr Rücksichtnahme, weniger Unfälle. Weil in der deutschen Straßenverkehrsordnung die Bevorzugung des Automobils festgeschrieben ist, versucht die „Berliner Begegnungszone“, durch bauliche Veränderungen Radelnden und Fußgehenden mehr Raum zu geben.

Wie in der Schöneberger Maaßenstraße, wo vor drei Jahren die erste „Berliner Begegnungszone“ eingerichtet wurde, spielt in der Diskussion um die Bergmannstraße neben den wegfallenden Auto-Parkplätzen die Gestaltung der Straßmöbel die wesentliche Rolle. Nun ist es Geschmacksache, ob die hölzernen „Parklets“, die mit Bänken und Tischchen die Aufenthaltsqualität heben sollen, schön oder weniger schön sind.



Temporäres Parklet in der Bergmannstraße

Der BUND hält andere Fragen für entscheidend: Lässt sich die Straße besser als vorher zu Fuß queren? Ist auf den Bürgersteigen wieder mehr Platz zum Flanieren, wenn Räder auf der Straße geparkt werden? Verbessern sich die Sichtbeziehungen zwischen den Verkehrsteilnehmer*innen? Funktionalisieren Ladezonen für den Lieferverkehr? Und nicht zuletzt: Wie lässt sich der störende Durchgangsverkehr aus dem Kiez raushalten, sollte die Durchfahrt von der Bergmannstraße zur Friesenstraße nur für BVG-Busse und Blaulichtfahrzeuge möglich sein?

Die Umgestaltung der Bergmannstraße ist als ergebnisoffener Test angelegt. Wenn Sie sich an der Diskussion beteiligen möchten: www.mein.berlin.de

Foto: Sebastian Petrich

KANN MASSENTIERHALTUNG BIO SEIN?

Kein schlechter Scherz, sondern Realität: Bei Oranienburg soll ein Megastall für „Bio“-Legehennen entstehen. Der BUND geht dagegen vor.

Zurzeit stehen in Brandenburg über 600 Megaställe, die Fleisch, Milch und Eier in großen Mengen und zu niedrigen Preisen produzieren und anschließend billig verkaufen. Duden definiert dies als „technisierte Tierhaltung“. In den meisten drängen sich Rinder und Schweine, doch auch Legehennen sind dort häufig zu finden: In Deutschland werden aktuell 51,9 Mio. Hühner für die Eierproduktion gehalten. Um sie kostensparend unterzubringen, haben die Großbetriebe Kapazitäten von bis zu 90.000 Tieren. Dass diese Größe weit entfernt von der natürlichen Gruppengröße der Hühner ist, die sich normalerweise mit 5 bis 20 weiteren Tieren zusammenfindet, wird spätestens bei Betrachtung der Ställe klar. Seit die Käfighaltung 2010 deutschlandweit verboten ist, wurden Ställe mit Bodenhaltung gefördert. Daher leben heute die meisten Legehennen in großen Hallen mit mehreren Etagen und einem Platzangebot von 0,11 m² pro Huhn – ob die Tiere mehr Bewegungsraum haben als in den Käfigen, bleibt fraglich.

Wer dies nicht unterstützen möchte, greift zu Freiland- oder Bioeiern, die unter strengeren Auflagen und besseren Verhältnissen produziert sein sollen. Doch geht es den Tieren wirklich besser, wenn das große grüne Bio-Siegel auf dem Eierkarton zu finden ist?

Kreative Regelauslegung

In Oranienburg planen Investor*innen einen neuen Bio-Stall, besser gesagt, einen neuen Bio-Megastall. In Ställen dürfen nicht mehr als 3.000 Hennen gehalten werden, damit die Eier das EU-Bio-Siegel erhalten. Die Betreiber*innen des geplanten Hofes reagieren kreativ auf diese Vorgaben: Sie bauen mehrere Ställe auf einem Gelände und trennen diese mit Sichtblenden voneinander ab. So wollen sie einen neuen Megastall mit rund 40.000 Tieren schaffen – und die für die Berliner Supermärkte produzierten Eier als „Freiland“ oder „Bio“ deklarieren. In solchen Anlagen leiden nicht nur die Hühner, die unter nicht-angemessenen Verhältnissen gehalten werden, auch Menschen sind davon betroffen. Mit dem Gestank der Megaställe gehen Keim- und Staubbelastungen einher: Je mehr Tiere auf einem Platz zusammenleben, desto



Foto: Sebastian Petrich



Dass es auf Biohöfen aussieht wie im Werbebild, darf man nicht immer erwarten.

Dass die im staatlichen Biosiegel festgelegten Mindestanforderungen erfüllt sind, dagegen schon.

Was die verschiedenen Lebensmittel-Kennzeichnungen bedeuten und wie der BUND sie bewertet, steht unter www.kurzlink.de/biosiegel

höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass ansteckende Krankheiten übertragen werden und schließlich auch nach außen gelangen. Somit stellen die Ställe ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko dar. Der BUND hat daher gemeinsam mit einer Bürgerinitiative 1.400 Einwendungen eingereicht, um den Bau der Eierfabrik in Oranienburg zu verhindern. *Sarah Grzondziel*

www.stopp-den-megastall.de

DAS GEBRAUCHTWARENKAUFHAUS KOMMT

Produzieren, nutzen, wegwerfen: Dass es auch anders geht, will das erste Kaufhaus für Second-Hand-Waren in Berlin zeigen. Ob aus dem temporären Projekt eine dauerhafte Einrichtung wird, entscheidet die Nachfrage.

Um die Lebensdauer vieler Produkte zu verlängern und Konsum nachhaltig zu machen, hat der Berliner Senat „Re-Use“ gegründet. Gemeinsam mit dem BUND und anderen Partnern aus der Wirtschaft, Wissenschaft und Stadtgesellschaft will die Zero-Waste-Initiative darauf aufmerksam machen, dass die meisten Dinge noch brauchbar, reparabel oder wiederverwendbar sind. Die neueste Kampagne demonstriert so einen Zyklus und soll den Gebrauchtmärkte in Berlin vergrößern: Berliner*innen wurden dazu aufgerufen, nicht mehr benötigte Sachen wie Geschirr, Bücher oder Elektrogeräte auszusortieren und auf Ökomärkten oder auf dem BSR-Recyclinghof Ruppiner Chaussee in Berlin-Heiligensee abzugeben. Um die Abfallmenge nachhaltig und dauerhaft zu verringern, muss die BSR jedoch auf allen ihren Recyclinghöfen die weitere Nutzung noch gut brauchbarer Möbel, Geräte und anderer Gegenstände ermöglichen. Auch im Rahmen seines Abhol-services muss das landeseigene Unternehmen standardmäßig prüfen, ob die abgegebenen Dinge wiederverwendbar sind.

Die im Rahmen von „Re-Use Berlin“ gesammelten Produkte werden auf Wiederverwendbarkeit geprüft, um anschließend im sogenannten Pop-up-Store den Berliner*innen für kleines Geld oder zum Tausch angeboten zu werden. Das entspricht dem System der Kreislaufwirtschaft, das vorsieht, Abfallproduktion, Ressourceneinsatz und Emissionen weitestgehend zu vermeiden, indem Produkte wiederverwendet, repariert und anders genutzt werden. Wer seine (nicht ganz so) neuen Schätze aufbessern oder verändern möchte, findet in einem der vielen Repair Cafés Berlins sicherlich Inspiration und Unterstützung (siehe Randspalte). Aber Achtung: Es handelt sich um einen Test, der sogenannte Pop-Up-Store wird nur für kurze Zeit geöffnet sein. Damit das Projekt ein Erfolg wird und sich das Konzept des Gebrauchtmärkte auf Dauer in Berlin etablieren kann, muss dem Senat und der BSR gezeigt werden, dass viele Menschen es unterstützen.

Kommen Sie an den ersten drei Adventswochenenden zum Pop-Up-Store in Neukölln und entdecken Sie großartige Schätze! *Sarah Grzondziel*

Re-Use-Pop-up-Store im Circular Economy House Rollbergstraße 26 (früheres Kindl-Gelände) Berlin-Neukölln
30.11. – 2.12.2018,
7. – 9.12.2018,
14. – 16.12.2018
Freitags jeweils 10 – 16 Uhr,
Samstag und Sonntag 12 – 20 Uhr
www.kurzlink.de/kaufhaus

Werkzeug und Zubehör:
Nur eines der Warensegmente im Second-Hand-Kaufhaus



Foto: Sebastian Petrich

PUTENMAST IN RODDAHNS STOPPEN

In Roddahn (Ostprignitz-Ruppin) verbreiten seit 20 Jahren zwei Putenfabriken mit fast 30.000 Tieren einen für die Nachbar*innen unerträglichen Gestank, der weit über dem einschlägigen Grenzwert liegt. Aus diesem Megastall stammen außerdem verstörende Filmaufnahmen von verendenden Puten, die der NDR schon 2016 ausstrahlte. Den behördlichen Anordnungen zur Geruchsreduktion kommt der Betreiber nicht nach. Der BUND hat eine Petition an die zuständigen Brandenburger Minister gestartet, um die zwei Putenfabriken zu schließen – unterzeichnen auch Sie! www.BUND-Brandenburg.de

WIR HABEN ES SATT

Massentierhaltung ist das Kernthema der alljährlich stattfindenden Großdemo für eine gerechte und ökologische Agrarindustrie, die weder Tieren, Menschen noch der Umwelt schadet. 19.1.2019, 12 Uhr, Berlin-Mitte
www.wir-haben-es-satt.de

EHRENAMTLICH IM REPAIR CAFÉS HELFEN

Der BUND betreibt in Schöneberg und Steglitz jeweils ein Repair Café, wo einmal im Monat kaputte Geräte und liebgelebte Dinge gemeinsam repariert werden. Für Gäste und Aktive gibt es ein kleines Buffet. Wir suchen aktuell Mitstreiter*innen, die uns am Empfang, bei der Gästebetreuung und bei der Vorbereitung eines kleinen Snackbuffets unterstützen möchten. Außerdem freuen wir uns immer über neue Reparateur*innen und Bastler*innen. Interesse? Bitte E-Mail an Daniel.AF-felt@BUND-Berlin.de

SPAREN, BASTELN, NÄHEN

Die nächsten Termine für Energiesprechstunden, Nähcafé und Repair Café in Steglitz und Schöneberg finden sich unter www.mekki-steglitz.de und www.repaircafe-schoeneberg.de.



BUND jugend

YOUNG FRIENDS OF THE EARTH



Erntereife Baumwolle in Nordflorida

Foto: Begonia, CC BY-SA 3.0, www.korfflink.de/ebnya

TERMINE

RINGVORLESUNG „POSTWACHSTUM UND DU“

Die Kritik an Wachstum und steigender Ungerechtigkeit in der Welt nimmt stetig zu. In unserer Ringvorlesung erhältst Du Inspirationen für ein solidarischeres und gerechteres Zusammenleben!

24.10.2018, 16 Uhr;
6.11.2018, 18 Uhr;
20.11.2018, 16 Uhr;
4.12.2018, 16 Uhr
Beuth Hochschule
www.BUNDjugend-berlin.de/termin/postwachstum-und-du

JULEICA-FORTBILDUNG

Lerne, wie du Workshops gibst oder Jugendgruppen anleitest und erwerbe die JugendleiterInnenCard (JuLeiCa)
26.–28.10.2018,
17.–18.11.2018,
23.–25.11.2018
www.BUNDjugend-berlin.de/termin/juleica-1

PERSPEKTIV- UND VERNETZUNGSTREFFEN

BUNDjugend heißt Mitbestimmung. An einem Wochenende wollen wir mit den Aktiven der unterschiedlichen Arbeitskreise Ideen und Strategien entwickeln und uns austauschen.
9.–11.11.2018,
Berlin-Weißensee
www.BUNDjugend-berlin.de/termin/perspektivtreffen2018

WIR HABEN ES SATTI!

Auch 2019 wollen wir wieder für eine bessere Agrarpolitik, gegen den Einsatz von Pestiziden und für eine tierleidfreie Landwirtschaft auf die Straße gehen. Sei dabei und schließ dich uns an!
18.–20.1.2019, Berlin
www.BUNDjugend.de/termine

NOCH MEHR TERMINE

Aktionen, Demos, Workshops ... Jede Menge aktuelle Termine findest du auf www.BUNDjugend-brandenburg.de und www.BUNDjugend-berlin.de

THEMA MODE

WER STECKT EIGENTLICH HINTER MEINER KLEIDUNG?

Hast du dich das schon einmal gefragt? Nein? So wird es den meisten gehen. Daher lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen der Textilindustrie. Öffnen wir die Türen unseres Kleiderschranks, genügt ein kurzer Blick um festzustellen, wir alle tragen sie: Baumwolle. Dabei sind allein für die Herstellung eines T-Shirts für die Bewässerung der Pflanzen 2.000 Liter Wasser notwendig. Außerdem werden für den Anbau Unmengen an Pestiziden auf die Felder gespritzt.

64 Prozent der verkauften Baumwolle ist genverändert und das bringt schwere Folgen mit sich. Die Bt-Baumwolle ist eine genveränderte Baumwolle. In ihr Erbgut werden Gene des *Bacillus thuringiensis*' injiziert, wodurch die Pflanzen für Fressfeinde tödliche Toxine produzieren. Seit 2008 werden gegen diese Toxine allerdings vermehrt Resistenzen bei Blattkäfern festgestellt. Langfristig ist dadurch der vermehrte Einsatz von Pestiziden notwendig, so dass ein Jo-Jo-Effekt entsteht: Wird das Feld heute einmal gespritzt, muss es morgen dreimal gespritzt werden. Konzerne halten ihr Versprechen bezüglich der Schädlingsbekämpfung demnach nicht. Hinzu kommt, dass das Saatgut der Bt-Baumwolle fast viermal so teuer ist, wie konventionelles Saatgut. Doch durch Lizenzverträge mit Großunternehmen ist es den Kleinbauern untersagt, Saatgut aus ihrer eigenen Ernte zu verwenden. Dies führt zu Abhängigkeit und Verschuldung der Kleinbauern, was nicht ohne Folgen bleibt. Allein in Indien nahmen sich in den letzten Jahren mehr als 250.000 Baumwollbäuerinnen und -bauern das Leben.

Wer auf genveränderte Baumwolle verzichten möchte, ist mit Bio-Baumwolle gut beraten. Zurzeit wird gerade mal ein Prozent der Baumwolle ökologisch angebaut.

Doch bedeutet Bio-Baumwolle gleich nachhaltige Baumwolle?

Trotz Bio-Anbau bleiben einige negative Seiten wie zum Beispiel der hohe Wasserverbrauch. Ein weiterer Irrtum: Das klassische Bio-Zertifikat sagt nichts über faire Arbeitsbedingungen aus. Für die Baumwollproduzent*innen heißt der ökologische Anbau zwar Verzicht auf Chemikalien, doch die Arbeitsbedingungen in den folgenden Verarbeitungsstufen werden nicht berücksichtigt und sind in der Realität kaum mit den Menschenrechten vereinbar. So verdienen Näherinnen in Indien nicht mehr als 35 Euro im Monat, in Bangladesch sogar nur 9,50 Euro. Arbeitstage haben oft mehr als 14 Stunden. Pausen gibt es kaum. Wer sich wehrt, dem wird gekündigt. Auch die Gründung von Gewerkschaften schützt die Näherinnen nicht. Sie haben oft mit brutalen Bestrafungen durch ihre Vorgesetzten zu kämpfen. Schläge sind nicht selten ein Mittel, um die Näherinnen in Schach zu halten.

Was können wir also tun?

Verschiedene Siegel geben uns Aufschluss über die Arbeitsbedingungen und den Anbau der Baumwolle. In der Infobox haben wir die bekanntesten Siegel zusammengefasst. Gute Alternativen zur Bio-Baumwolle stellen Bio-Hanf und Bio-Leinen dar. Sie sind robuster und kommen mit weniger Wasser und kargen Böden aus. Bio-Hanf kann sogar in Deutschland angebaut und verarbeitet werden, wodurch die CO₂-Emissionen vermindert werden – ein schöner Nebeneffekt.
Marlén Kaczmarek

AUS „FAST“ WIRD „SLOW“:

Warum man es beim Thema Mode langsam angehen sollte

Bereits seit einigen Jahren herrscht eine hitzige Debatte um das Thema „fast fashion“. Laut einer aktuellen Studie der Beratungsfirma McKinsey steigt die Zahl der gekauften Kleidungsstücke pro Kopf in den westlichen Ländern stetig, wobei die Tragedauer der einzelnen Kleidungsstücke immer weiter sinkt. So wird ein T-Shirt heute nur noch halb so lange getragen wie vor 15 Jahren. Unternehmen wie Primark haben es ermöglicht, viel Kleidung zum kleinen Preis kaufen zu können.

Die relativ junge Gegenbewegung zu diesem Massenkonsum heißt „slow fashion“. Der Grundgedanke dabei ist, die Modebranche zur Entschleunigung und den Kunden zum Nachdenken zu motivieren. Muss es wirklich das T-Shirt für sechs Euro sein?

Der erste Schritt beginnt beim bewussten Einkaufen. Bei „Öko-Fashion“ denken viele nach wie vor an Latschen und ausgeleierte Baumwollhemden. Dabei hat sich in diesem Bereich viel getan! Marken wie Armedangels, Thokk Thokk oder Kings of Indigo zeigen, dass faire, nachhaltige Mode auch gut aussehen kann. Doch die hat auch ihren Preis.

Eine günstige Alternative bietet das Second-Hand-Shopping. Wer wissen möchte, woher seine Kleidung kommt, ist mit Plattformen wie Kleiderkreisel gut beraten. Hier kann man Kleidung gebraucht kaufen und verkaufen und steht dabei im direkten Austausch mit den (Ver-)Käufern. Und möchte man für das aussortierte Stück gleich etwas Neues haben, sind Kleidertauschpartys, die auch leicht im eigenen Freundeskreis zu organisieren sind, die richtige Adresse. Der Gedanke ist simpel: An einem vorher vereinbarten Ort treffen sich Gleichgesinnte, die aussortierte Kleidung untereinander tauschen.
Lisa Emilia Büttner

Kleidertauschparty der BUNDjugend 2014 anlässlich der Primark-Eröffnung am Alexanderplatz



Foto: Björn Ohmann

AUF DIESE SIEGEL KANNST DU ACHTEN:

GOTS (Global Organic Textile Standard) ist das bekannteste Siegel für Biofasern; mindestens 70 Prozent des Kleidungsstücks muss aus biologisch angebauten Fasern bestehen.

Aus 100 Prozent Biofasern besteht Kleidung mit dem Siegel **IVN Best**. Es gilt als das strengste Siegel für Biofasern.

Das **Fairtrade Certified Cotton-Siegel** steht für faire Arbeitsbedingungen der Baumwollbäuerinnen und -bauern und für eine umweltschonende Produktionsweise.

Die **Fair Wear Foundation** prüft soziale Mindeststandards, wie existenzsichernde Löhne.



Foto: Sebastian Perlich

AM TEGELER FLIESS

Eine knappe halbe S-Bahn-Stunde vom Brandenburger Tor entfernt liegt eines der sehenswertesten Naturschutzgebiete Berlins, in dem man Wasserbüffeln bei Wiederherstellen einer alten Kulturlandschaft zusehen kann.

In regelmäßigen Abständen stehen kleine Infotafeln am Wegesrand. Auf ihnen steht gedruckt „Die Wasserbüffel befinden sich momentan auf Fläche:“, und dann handschriftlich ergänzt: „sind zu Hause“. Noch während wir uns damit trösten, dass die Wasserbüffel nicht unbedingt die spektakulärsten Tiere auf den Wiesen des Tegeler Fließbals sind (Ringelnatter! Eisvogel! Kuckuck! Graureiher! Biber!), fällt auf, dass wir die Büffel äußerst knapp verpasst haben müssen, denn auf der Wiese hinter dem Zaun liegen Büffelpladen, um die die Fliegen schwirren. Besonders alt können sie nicht sein – ob die Angabe zum Aufenthaltsstatus der Rinder wohl überholt ist? Das wäre zu begrüßen, denn selbst wenn Ringelnatter, Eisvogel, Kuckuck, Graureiher und Biber möglicherweise etwas spektakulärer sind, so haben die Wasserbüffel ihnen gegenüber doch einen unschätzbaren Vorteil beim Natur erleben: Sie sind eigentlich nicht zu übersehen.

Und tatsächlich, rund hundert Meter weiter gibt das Wäldchen, das Weg und Wiese trennt, den Blick frei auf einen massiven, schwarz glänzenden Rücken. Ein Wasserbüffel. Zwei. Drei, vier, fünf, soweit ersichtlich ist. Zumindest ein Teil der Herde, die seit 2015 auf den Wiesen östlich und westlich des Egidysteigs lebt und im September 2018 um zehn auf neunzehn Tiere verstärkt wurde, ist also im Dienst. Ihre Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass die Moorwiesen am Tegeler Fließ Wiesen bleiben und die Verbuchung zurückgeht. Das tun sie, indem sie ihre Pfade durch das Gelände bahnen, sich in feuchten Stellen am Boden suhlen und – fressen. 40 Kilo Grünzeug braucht ein ausgewachsener Wasserbüffel am Tag; am liebsten Süßgräser, aber auch grobe Pflanzen wie Schilf und Seggen sowie Laub und Astwerk von Gehölzen. Die Gelblühende Wiesenraute, eine seltene, für Überschwemmungsgebiete typische Pflanze, lassen die Tiere aber praktischerweise stehen. Dank ihrer breiten Hufe sinken sie im weichen Untergrund des Moores nicht ein. Das macht sie zu idealen Landschaftspflegern auf feuchten Wiesenstandorten.

Beweidung ist in

Sumpfwiesen wie die am Tegeler Fließ maschinell zu mähen, ist technisch sehr schwierig und damit teuer. Mahd muss allerdings sein, wenn man den typischen Wiesenarten einen Lebensraum sichern will, den sie in der industrialisierten Landwirtschaft rund um Berlin nur noch selten haben. Deshalb kommen an den verschiedensten Stellen seit einigen Jahren Tiere als Landschaftspfleger zum Einsatz, etwa Pferde auf der Weidelandchaft Lichtenfelde (BUNDzeit 2013-1), Wisente und Przewalski-Pferde auf der Döberitzer Heide (BUNDzeit 2013-3) sowie Konik-Pferde und Englische Parkrinder auf den ehemaligen Riesefeldern in Hobeck (BUNDzeit 2012-2).

Am Tegeler Fließ sollen die Wasserbüffel helfen, zumindest teilweise einen relativ baumfreien Zustand wiederherzustellen, wie er bis in die Sechzigerjahre herrschte, als die Flächen noch zur Heuproduktion genutzt wurden. Dazu kommt, dass das Gewässer sich selbst überlassen wird, so dass sich nach und nach wieder Auen bilden und mehr Wasser in der Landschaft gehalten wird, statt schnell abzufließen. Dass dies in einer eher trockenen Region wie Berlin-Brandenburg nötig ist, hat nicht zuletzt der Hitzesommer 2018 gezeigt.

Anfahrt: S25 nach Berlin-Tegel, von dort zu Fuß Richtung Norden, bis man auf das Tegeler Fließ stößt. Nun geht es am südlichen Ufer flussaufwärts in Richtung Osten bis zum Egidysteig, wo man auf die nördliche Seite wechselt. Weiter entlang des Barnimer Dörfnerwegs bis nach Hermsdorf. Dort entweder Heimfahrt mit der S1 oder weiter entlang des Tegeler Fließes über die Eichwerder Moorwiesen bis nach Lübars (BUNDzeit 2015-4). sp

Mehr zum Barnimer Dörfnerweg unter www.gruene-wege-berlin.de

ANZEIGE

Was bleibt, wenn wir gehen?



Ihr Vermächtnis an den BUND:

Almuth Wenta
Telefon (030) 27 58 64 74
E-Mail: almuth.wenta@bund.net
www.bund.net/Testament



NATUR ERLEBEN

MITMACHEN

STREUOBSTWIESEN ALS HOTSPOTS DER ARTENVIELFALT

Der BUND-Experte Eckart Klaffke stellt seine neue Studie über die Berliner Streuobstwiesen vor. Damit liegen nun erstmals flächendeckende Informationen über die mehr als 60 Streuobstwiesen in der Hauptstadt vor.
3.12.2018, 18 Uhr,
BUND-Landesgeschäftsstelle, Crellestraße 35, Schöneberg

APFELSAFT UND HONIG

Wenigstens eine gute Seite hatte der heiße Sommer 2018: Auf seiner Streuobstwiese in Stahnsdorf konnte der BUND eine Rekorderte einfahren. Der neue Apfelsaft steht nun frisch gepresst und abgefüllt zum Verkauf. Preis: 3-Liter-Packung 6 €, ab zwei Packungen 5 €. Gut erhaltene Saftkartons nimmt der BUND gern zur Wiederverwendung zurück. Den inneren Schlauchbeutel entsorgen Sie bitte in der Wertstofftonne. Außerdem im Angebot: Honig von der Streuobstwiese; 300 Gramm für 5 €; nur solange der Vorrat reicht! Die Erlöse kommen dem BUND zugute. Kein Versand, Verkauf nur in der BUND-Landesgeschäftsstelle (Adresse siehe vorige Meldung), geöffnet Montag, Dienstag und Donnerstag 10–13 Uhr und 14–17 Uhr, Mittwoch und Freitag 10–13 Uhr.

MITGLIEDER-VERSAMMLUNG

Alle Mitglieder des BUND Berlin e. V. sind herzlich zur Mitgliederversammlung eingeladen! Die vorläufige Tagesordnung findet sich unter www.BUND-Berlin.de/mitgliederversammlung.
22.11.2018, 18 Uhr
(Einlass ab 17:30 Uhr),
Konferenzzentrum der Bank für Sozialwirtschaft, Oranienburger Straße 13–14, Berlin-Mitte

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Berlin e.V.
Crellestr. 35
10827 Berlin
www.BUND-Berlin.de
und

ACHTUNG, NEUE ADRESSE!

Landesverband Brandenburg e.V.
Mauerstraße 1
14469 Potsdam
www.BUND-Brandenburg.de

KONTAKT

Tel. 030 787900-0
E-Mail: redaktion@BUNDzeit.de
www.BUNDzeit.de

REDAKTION

Sebastian Petrich (sp)
Carmen Schultze (cs) V.i.S.d.P.

MARKETING & VERTRIEB

Thorsten Edler

ANZEIGEN

Tel. 030 787900-42
anzeigen@BUNDzeit.de

DRUCK

apm alpha print medien AG
Kleyerstraße 3
64295 Darmstadt
www.apm.ag

GESTALTUNG

sujet.design
www.sujet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

AUFLAGE

30.000
Gedruckt auf Ultra Lux
semiglos, 100% Recycling

Die nächste BUNDzeit
erscheint Anfang Februar
2019. Anzeigenschluss
ist der 19. Dezember 2018.

SPENDENKONTO

BUND Berlin
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN:
DE 51 1002 0500 0003 2888 00
BIC: BFSWDE33BER

BUND Brandenburg
GLS Bank
IBAN:
DE 24 4306 0967 1153 2782 00
BIC: GENODEM1GLS

Erbschaften an den BUND
sind nach §13 ErbStG von
der Erbschaftssteuer befreit.
Fordern Sie unsere Informationsmaterialien an:
erbschaftsratgeber@BUND-
Berlin.de

KURZ & BUND



GIFT AUFSPÜREN MIT TOXFOX



Hormonell wirkende Chemikalien stecken in allen möglichen Produkten, mit denen wir tagtäglich zu tun haben. Manche werden mit Krebserkrankungen in Verbindung gebracht, andere mit verminderter Spermienqualität und Verhaltensstörungen von Kindern. Zumindest bei Kosmetikprodukten lassen sich diese Gesundheitsrisiken vermeiden – Toxfox sei Dank. Toxfox heißt eine vom BUND entwickelte App, die anzeigt, ob Ihre Cremes und Co. hormonell wirksame Stoffe enthält, sobald Sie den Barcode des Produkts mit Ihrem Smartphone scannen. Tipp: Falls die Produkte in Ihrem Bad keinen Barcode aufweisen, kann das daran liegen, dass er auf der Pappverpackung steht, die Sie schon längst ins Altpapier geworfen haben – in diesem Fall checken Sie das Produkt einfach beim nächsten Ladenbesuch.

Leider besteht die Deklarationspflicht, der die Toxfox-Datenbank Informationen zu mehr als 80.000 Produkten verdankt, nur bei Kosmetika. Dieses Informationsdefizit will der BUND beheben und nimmt sich nun Kinderspielzeug vor. Auch wenn es für dessen Inhaltsstoffe keine Deklarationspflicht gibt, schulden die Hersteller dennoch Auskunft über die Verwendung möglicher gefährlicher Stoffe – wenn sie gefragt werden. Und hier können Sie mithelfen:

Stellen Sie die Giftfrage!

Das ist denkbar einfach. Scannen Sie den Barcode mit Toxfox, den Rest erledigt die App. Sie richtet eine Anfrage nach Artikel 33.2 der europäischen Chemikalienverordnung REACH an den Hersteller. Der hat nun 45 Tage Zeit mitzuteilen, ob in dem Spielzeug besorgniserregende Stoffe enthalten sind. Darunter fallen Stoffe, die Krebs erregen können, die Fortpflanzung beeinträchtigen oder problematisch für die Umwelt sind. Die Antwort auf die Giftfrage kommt umgehend in die Toxfox-Datenbank.

Übrigens: Um den Toxfox zu nutzen, braucht man kein Smartphone. Einfach auf der Toxfox-Seite auf „Kosmetik-Check online“ klicken und dann den Zahlencode des Produkts eingeben.

www.BUND.net/toxfox



DÜRRE UND HITZE 2018 IN ZAHLEN

Mittelwert der Lufttemperatur im Monat April in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in °C: **7,9**
... 1981–2010, in °C: **8,9**
... 1989–2018, in °C: **10,1**
... 2018, in °C: **12,9**

Mittelwert der Lufttemperatur im Monat Mai in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in °C: **13,1**
... 1981–2010, in °C: **13,9**
... 1989–2018, in °C: **14,1**
... 2018, in °C: **17,2**

Mittelwert der Lufttemperatur im Monat Juni in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in °C: **16,5**
... 1981–2010, in °C: **16,6**
... 1989–2018, in °C: **17,0**
... 2018, in °C: **18,8**

Mittelwert der Lufttemperatur im Monat Juli in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in °C: **17,9**
... 1981–2010, in °C: **18,9**
... 1989–2018, in °C: **19,2**
... 2018, in °C: **20,9**

Mittelwert der Lufttemperatur im Monat August in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in °C: **18,2**
... 1981–2010, in °C: **17,4**
... 1989–2018, in °C: **18,7**
... 2018, in °C: **20,9**

Mittelwert der Niederschläge im Monat April in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in Millimeter: **40,9**
... 1981–2010, in Millimeter: **34,5**
... 1989–2018, in Millimeter: **31,4**
... 2018, in Millimeter: **33,6**

Mittelwert der Niederschläge im Monat Mai in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in Millimeter: **53,8**
... 1981–2010, in Millimeter: **54,5**
... 1989–2018, in Millimeter: **51,3**
... 2018, in Millimeter: **20,3**

Mittelwert der Niederschläge im Monat Juni in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in Millimeter: **64,6**
... 1981–2010, in Millimeter: **58,0**
... 1989–2018, in Millimeter: **60,1**
... 2018, in Millimeter: **33,7**

Mittelwert der Niederschläge im Monat Juli in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in Millimeter: **53,7**
... 1981–2010, in Millimeter: **62,8**
... 1989–2018, in Millimeter: **74,2**
... 2018, in Millimeter: **54,6**

Mittelwert der Niederschläge im Monat August in Berlin-Brandenburg ...

... 1961–1990, in Millimeter: **58,7**
... 1981–2010, in Millimeter: **60,7**
... 1989–2018, in Millimeter: **60,0**
... 2018, in Millimeter: **21,3**

In folgenden Ländern war der meteorologische Sommer 2018 der heißeste, der jemals gemessen wurde:

... Niederlande, erste Messung: **1706**
... Schweden, erste Messung: **1722**
... Finnland, erste Messung: **1844**
... Dänemark, erste Messung: **1874**
... Belgien, erste Messung: **1901**
... Großbritannien, erste Messung: **1910**

Quelle: Deutscher Wetterdienst

ICH WILL DIE ARBEIT DES BUND UNTERSTÜTZEN.

Bund für
Umwelt und
Naturschutz
Deutschland



Ja, ich möchte Mitglied werden und wähle folgenden Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 60€)
 Familie (ab 72€)
 Ermäßigt (ab 24€)
 Lebenszeitmitglied (einmalig ab 1.500€)

Name/Vorname _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ) _____
Telefon (wenn Sie möchten) _____
E-Mail (wenn Sie möchten) _____

Ich will den E-Mail-Newsletter des BUND Berlin erhalten.

Bitte ziehen Sie den Beitrag ab dem _____

monatlich vierteljährlich halbjährlich jährlich
bis auf Widerruf von meinem Konto ein.

KontoinhaberIn _____
IBAN (oder Konto-Nr.) _____
BIC (oder Bankleitzahl) _____
Geldinstitut/Ort _____

Datum/Unterschrift (Bei Minderjährigen Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten)

BUND Gläubiger-ID: DE34ZZZ00000103826

Mit Ihrer Unterschrift werden Sie Mitglied im BUND und erteilen Ihre Erlaubnis, den Mitgliedsbeitrag von Ihrem o.g. Konto einzuziehen. Ihre Mitgliedschaft können Sie jederzeit und ohne Angabe von Gründen beenden. Für Ihre Mitgliedschaft erfolgt – sofern Sie nichts Anderes bestimmen – eine regionale Zuordnung zum jeweiligen BUND-Landesverband aus dem Bundesland Ihres Wohnsitzes.

Der BUND (Bundesverband) erhebt und verarbeitet Ihre Daten gem. Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO im Rahmen der satzungsgemäßen Vereinszwecke für die Betreuung Ihrer Mitgliedschaft. Unter der Aufschrift "BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin" erreichen Sie auch dessen Datenschutzbeauftragten. Die Nutzung Ihrer Adressdaten für werbliche Zwecke erfolgt gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Einer solchen Nutzung können Sie jederzeit widersprechen. Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.bund.net/datenschutz

BUNDzeit 04/2018

Bitte schicken Sie die ausgefüllte und unterschriebene Beitrittserklärung an:

BUND Berlin • Crellestr. 35 • 10827 Berlin • Fax 030 78790018 • kontakt@BUND-Berlin.de
BUND Brandenburg • Mauerstr. 1 • 14469 Potsdam • Fax 0331 23700145 • BUND.Brandenburg@BUND.net